



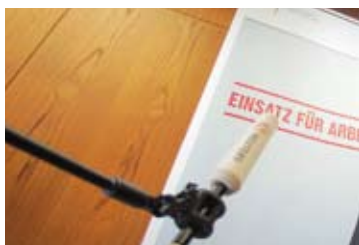
## Die Verursacher

Die Banken zocken weiter, als wäre nichts passiert. Die Börse feiert Party. ▶Seite 2



## Nein, kein Märchen

Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung und den Chef wählen können. Das gibt's! ▶Seite 3



## Die Krise meistern

Kurzarbeit statt Entlassungen: Eine Forderung der IG Metall trägt Früchte. ▶Seite 6



## Operation Übernahme

Ausgebildete sind reif für die Übernahme. Her mit den Jobs! ▶Seite 7



## Frankfurt, 05.09.09

Wir sagen, was wir wollen: Kundgebung am 5. September in Frankfurt ▶Seite 8

# ► Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!

Über 450 000 Menschen sagen: Schluss mit der Ungerechtigkeit!



- 1 Die Menschen wollen Arbeit: sicher und fair!
- 2 Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft!
- 3 Die Menschen wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder!
- 4 Die Menschen wollen Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können!
- 5 Die Menschen wollen im Alter sorgenfrei leben!

Über 450 000 Menschen haben sich an der Befragungsaktion der IG Metall – „Deine Stimme für ein Gutes Leben“ – beteiligt. „Die Menschen haben eine klare Vorstellung, was ihnen wichtig ist und was sich ändern muss in Deutschland“, sagt der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber. „Ich empfehle den Politikern: Hört auf die Menschen!“

Die Ergebnisse der Befragung lassen aufhorchen. So halten es beispielsweise 89 Prozent der Befragten für „sehr wichtig“, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben; und sie stimmen „voll und ganz“ der Aussage zu, dass es keine Entlassungen geben darf. Die Angst um den Arbeitsplatz ist also in der Gesellschaft viel weiter verbreitet als angenommen. Denn bekanntlich halten Befragte das für am wichtigsten, was ihnen am meisten fehlt – in diesem Fall einen sicheren Job.

Die Befragung hat zwischen Anfang April und Ende Juni statt-

gefunden. Das Ziel der IG Metall: mit den Menschen im Betrieb und auf der Straße ins Gespräch zu kommen. Sie will wissen, was sie bewegt, welche Vorstellungen sie von einem Guten Leben haben und welche Forderungen sie an die Politik richten.

Herauskommen soll ein unüberhörbares politisches Votum: So wollen wir leben.

Die hohe Beteiligung an der Befragung zeigt: Die IG Metall  
▶ hat die richtigen Fragen gestellt  
▶ ist nah dran an den Menschen  
▶ ist legitimiert, für viele Menschen zu sprechen.

Wie geht's weiter? Die Befragung ist kein Selbstzweck. Die über 450 000 Stimmen für ein Gutes Leben werden der Politik zu Gehör gebracht. Die Befragungsergebnisse werden in jede Parteizentrale getragen und allen Bundestagsabgeordneten in Berlin mitgeteilt. Die IG Metall wird die Ergebnisse sorgfältig auswerten, daraus politische Forderungen ableiten und die CDU/CSU, die SPD, die Grünen, die FDP und die Linke damit konfrontieren. Dann ist es an den Parteien, Stellung zu beziehen. **Wir werden die Parteien fragen: Was än-**

**dert ihr nach der Bundestagswahl am 27. September?**

So viel steht für IG Metall-Vize Detlef Wetzel jetzt schon fest: „Gerechtigkeit und Solidarität,

Anerkennung und Respekt – diese Werte müssen wieder Maßstab des Handelns von Politikern und Unternehmern werden.“

▶ Mehr Infos auf den Seiten 4/5

Die IG Metall-Kampagne:

## Warum wir für ein Gutes Leben streiten

Es herrscht Krise – und die IG Metall macht eine Kampagne: „Gemeinsam für ein Gutes Leben“. Denn zu einem Guten Leben gehört vor allem ein sicherer Arbeitsplatz. Und der ist gefährdet, stärker denn je. Die wahren Auswirkungen der Krise stehen uns erst bevor. Ihre Lasten dürfen nicht allein den Beschäftigten aufgebürdet werden. Solidarität zählt, nicht Egoismus. Gerechtigkeit und die Interessen der Menschen müssen Maßstab für Politik und Wirtschaft sein. Dafür streiten wir.

▶ www.gutes-leben.de



Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann ist weiter auf Rendite-Jagd.

Fotos: dpa, Collage: Stephen Peirat

**Zocken, raffen und keine Verantwortung übernehmen: Die Finanzhaie dieser Welt sind noch immer auf Raubzug und jagen Beute. Schuldbewusstsein kennen sie nicht. Verantwortung übernehmen sie keine. Und niemand stoppt sie, Krise hin oder her. Der Wahnsinn geht weiter.**

Tiefrote Zahlen hat die Dresdner Bank 2008 produziert – unterm Strich einen Verlust von 6,3 Milliarden Euro. So viel wie kein anderes Institut. Trotzdem haben ihre Vorstände 58 Millionen Euro kassiert. Ein Ex-Manager der Dresdner hat seinen ehemaligen Arbeitgeber sogar auf eine Abfindung von 1,5 Millionen Euro verklagt. Das ist symptomatisch:

Finanzjongleure, die Mist bauen, müssen keine Konsequenzen be-

Investmentbanker haben mit abenteuerlichen Kreditgeschäf-

mehr durch. Die Spekulationsblase platzte, Banken brachen zusammen. Seitdem rasen Schockwellen rund um den Globus und erschüttern die Realwirtschaft. Die Kreditinstitute werden mit frischem Geld geflutet. Massive Staatshilfe ist nötig, damit der Finanzkreislauf nicht kollabiert.

Doch wer noch im Geschäft ist, wird schon wieder umworben. Mit Bonus-Zahlungen können die Topleute der Branche zwar nicht mehr gelockt werden, weil die Boni – nachdem sie die Gier der Banker erst richtig befeuert haben – vom Staat gekappt wurden. Doch das macht nichts: Jetzt werden einfach die Festgehälter erhöht, das gleicht die Boni-Kapung aus. So geschehen bei der US-Investmentbank Stanley Morgan. Ähnliches planen die Bank of America und die Citigroup.

## Von tätiger Reue keine Spur

fürchten. Weder finanzielle noch strafrechtliche. Den Schaden haben andere. Verluste werden sozialisiert.

ten und hoch riskanten, undurchschaubaren Wertpapieren Milliarden Dollar und Euro verzockt. Zuletzt blickten sie selbst nicht

Zehntausende Banker haben ihren gut dotierten Job verloren.

## Die FDP – ein Zwischenruf Die Kehrseite der Medaille

Die FDP freut sich wie Bolle. Ihre Umfragewerte sind glänzend. Auch Gewerkschaftsmitglieder würden die ehemalige 3-Pünktchen-Partei wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Wer findet Steuersenkungen nicht klasse? Zumindest auf den ersten Blick. Im Wahlprogramm der Liberalen zur Bundestagswahl am 27. September steht aber auch das:

- ▶ Der Kündigungsschutz soll erst in Betrieben ab 20 Beschäftigten gelten (bisher ab 10) und erst nach 2 Jahren Beschäftigung (bisher nach 6 Monaten).
- ▶ Betriebsräte soll's erst in Firmen ab 20 Beschäftigten geben (bisher 5).
- ▶ Die paritätische Mitbestimmung soll abgeschafft werden.
- ▶ Mindestlöhne lehnt die FDP ab.



**Die Weltwirtschaftskrise ist noch lange nicht vorbei, das dicke Ende kommt erst noch. Aber da, wo alles anfing, an der Börse, herrscht schon wieder Partystimmung.**

Der DAX (Deutscher Aktienindex) hebt ab. Er ist von Anfang März bis Mitte Juni um fast 40 Prozent in die Höhe geschossen. Er tanzt mal unter, mal über der 5000er-Marke. Die Gier der Börsianer ist neu erwacht.

einen Gewinn von 1,2 Milliarden Euro.

Institute haben sogar ihre Dispo-Zinsen erhöht. Und immer mehr Firmen geraten in die Kreditklemme. Sie haben Schwierigkeiten, Geld zu bekommen, vor allem eigenkapitalschwache und exportabhängige Unternehmen.

In der tiefsten Rezession seit 1945 knausern die 30 DAX-Konzerne nicht: Jeder dritte schüttet für 2008 Dividenden aus, insgesamt 22,5 Milliarden Euro. Die Deutsche Bank machte im ersten

Die Investmentbanker, erst Stars am Börsenhimmel, dann gefallene Engel, kommen wieder zurück aufs Parkett. Sie wollen erneut mit waghalsigen Wetten Geld verdienen.

## Die Kugel rollt wieder

Wir schauen in die Röhre: Die Banken geben die Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank nicht an ihre Kunden weiter. So haben sie schon 1,3 Milliarden Euro kassiert. Einige

Die US-Investmentbank Bear Stearns, aber auch die IKB, Sachsen LB, WestLB und BayernLB erleiden Liquiditätsengpässe. Die KfW übernimmt Kreditzusagen der IKB an amerikanische Anlagegesellschaften in Höhe von 8 Mrd. Euro.

Die Bundesregierung will Managergehälter besser regeln. Vorstandsvergütungen sollen in einem „angemessenen Verhältnis“ zur Leistung stehen und an langfristige Erfolgskriterien geknüpft werden, sprich Aktienoptionen sollen erst nach vier statt zwei Jahren eingelöst werden können. Im Schadensfall sollen Manager mit dem 1,5-Fachen ihres Jahresgehalts haften.

Ob das etwas nützt, bleibt abzuwarten. Und selbst wenn: Den Finanzmarkt reguliert das nicht. Auf EU-Ebene existieren dazu nur Absichtserklärungen: Hedgefonds („Heuschrecken“) sollen ein bisschen staatlich beaufsichtigt werden. Und Rating-Agenturen, die zu den Hauptschuldigen der Krise zählen, sollen nicht mehr von den Banken bezahlt werden, deren Finanzprodukte sie benoten.

Der Bundesverband deutscher Banken ist bereit, sich „an der regulatorischen Aufarbeitung der Krise zu beteiligen“, sagte sein Präsident Mitte Juni. Reformbereitschaft hört sich anders an.



# Erst Jobs vernichten, dann Kredit

Banken-Gruppe erpresst Metallunternehmen.

Hartwig Durt ist empört: „Die Banken haben die Firma unverblümt aufgefordert, mehrere hundert Leute rauszuschmeißen“, berichtet der IG Metall-Bevollmächtigte von Siegen, „sonst gäbe es keinen Kredit!“ Schriftlich äußerten sich die Herren später vornehmer. Das Unternehmen, ein mittelständischer Metallbetrieb, müsse einen Gewinn vor Steuern von 5,8 Prozent erwirtschaften, forderte ein Banken-Konsortium unter Leitung einer deutschen Großbank. Eine solchen Vorgabe ist schon in Boom-Zeiten schwer zu erfüllen.

Die Firma biss trotzdem in den sauren Apfel – und akzeptierte, sie brauchte den Millionen-Kredit. Das war im Oktober 2008. Die Finanzkrise erlebte ihren ersten

Höhepunkt in Deutschland, die Bundesregierung spannte gerade ihren Banken-Rettungsschirm auf.

Das Banken-Konsortium hielt dennoch an seinen Kreditbedingungen fest: Zum Beispiel darf die Firma mit ihren Zins- und Tilgungsleistungen nicht mehr als fünf Tage in Verzug geraten. Wird nur eine der insgesamt 13 Bedingungen nicht erfüllt, dürfen die Banken alle Darlehen kündigen. Das wäre das Aus der Firma.

Dennoch sprach sie keine einzige Kündigung aus. Geschäftsführung und IG Metall fanden eine bessere Lösung: Die Beschäftigten verzichteten auf ihre Sonderzahlungen. Kommen wieder bessere Zeiten, kriegen sie ihre Geld zurück.



Haben viel zu sagen: die Betriebsräte von Hoppmann, rechts Vorsitzender Albert Janz

Foto: Horst Schaumann

# Nein, kein Märchen

Volle Mitbestimmung plus Gewinnbeteiligung – und keinen Chef, der machen kann, was er will. Das gibt's nicht? Doch! Im Autohaus Hoppmann, Stammsitz Siegen, mit seinen sechs Zweigbetrieben im Dreiländereck Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Vor 35 Jahren, 1974, hat der Sohn des Firmengründers, Klaus Hoppmann, das Geschäft der Stiftung „Demokratie im Alltag“ ([www.demokratie-im-alltag.de](http://www.demokratie-im-alltag.de)) vermacht. Sie ist die Gesellschafterin der Firma. Ihr höchstes Beschluss- und Kontrollorgan ist der – paritätisch besetzte – Wirtschaftsausschuss. Je fünf Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter prüfen die monatliche Erfolgsrechnung und genehmigen den Jahresabschluss, beschließen Verkaufs- und Investitionsplanungen, entscheiden sogar über die Bestellung des Geschäftsführers. Notfalls gibt ein neutraler Dritter den Ausschlag. Aber das sei „noch nie“ nötig gewesen, sagt der Betriebsratsvorsitzende Albert Janz, 57.

Die 305 Beschäftigten (einschließlich 60 Azubis) müssen ihre Interessenvertretung nicht dem Betriebsrat überlassen. Zusätzlich existieren 16 Arbeitsteams. Sie haben

verbrieft Rechte und wirken an allen Entscheidungen mit, die den Arbeitsplatz direkt betreffen.

Vom Gewinn behält die Firma eine sechsprozentige Eigenkapitalverzinsung, alles andere wird geteilt. Eine Hälfte geht an die Belegschaft, wird zu einem Drittel monatlich ausgezahlt, zu einem Drittel jährlich – und ein Drittel fließt in einen Topf, aus dem die Rentner monatlich 300 Euro beziehen. Jeder erhält gleich viel. Am Verlust wird die Belegschaft nicht beteiligt. In normalen Geschäftsjahren kassiert jeder Mitarbeiter „bis zu ein paar hundert Euro“ extra, berichtet Betriebsrat Janz. 2008 ist – mit Blick auf die Krise – alles Geld in eine Rücklage geflossen.

Doch von der Krise spürt der Opel-Händler Hoppmann „nichts“, sagt Janz. Gäbe es die Mitbestimmung nicht, „ginge es uns genauso schlecht wie allen anderen“.



Foto: Thomas Triten - arbeiterfotografie Köln

# Aufstand der Anständigen

1500 Metaller haben am 17. Juni in Esslingen die Banken aufgefordert, die Überziehungszinsen für Kurzarbeiter zu senken.

Wie ein Tsunami fegt die Krise über den Landkreis Esslingen. Die Betriebe reagieren mit Kurzarbeit. Das ist besser als Arbeitslosigkeit. Doch „die Kurzarbeiter geraten mehr und mehr in Geldschwierigkeiten“, weiß IG Metall-Geschäftsführer Sieghard Bender. Er hat die Banken deshalb aufgefordert, dass Kurzarbeiter für bis zu 300 Euro Überziehung im Monat maximal drei Prozent Zinsen zahlen müssen. „Schließlich können sich die Kreditinstitute ihr Geld von der Europäischen Zentralbank für ein Prozent Zinsen leihen.“ Alle Geldhäuser lehnten ab. Die Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen erhöhte ihren Dispo-Zins sogar um fünf auf 17,75 Prozent.

„Das ist unanständig“, sagte Sieghard Bender. Und organisierte den „Aufstand der Anständigen“. Mit Sambatrommeln und Trillerpfeifen zogen die Demonstranten durch die Stadt und hingen vor den

Kreditinstituten symbolisch ihr „letztes Hemd“ auf.

Der IG Metall-Bevollmächtigte von Waiblingen, Dieter Knauß, hat die Sparkassen und Volksbanken gebeten, dass sie den Kurzarbeitern „auf die Differenz zu ihrem regulären Gehalt einen günstigeren Überziehungskredit einräumen“.

Ähnliches hat Georg Keppeler unternommen, der IG Metall-Bevollmächtigte von Olpe. Er forderte die Kreditinstitute auf, die Überziehungszinsen für Kurzarbeiter auf fünf Prozent zu senken. Immerhin seien die Banken mit Schuld an der Wirtschaftskrise. Sie dürften Kurzarbeiter deshalb nicht mit Extra-Zinsen belasten. Prompt meldeten sich mehrere Bankdirektoren bei Keppeler: Man sei für individuelle Lösungen offen. Entweder könne das Dispo-Limit erhöht oder der teure Dispokredit in einen normalen – billigeren – Kredit umgeschuldet werden.



Foto: Harald Meyer/Main-Post

**Die Gießerei MTK im bayerischen Kitzingen ist pleite, 800 Beschäftigte stehen vor dem Aus. Schuld daran sind sowohl die Eigentümerin, die US-Gießereigruppe MTI, als auch Commerzbank und Hypo-Vereinsbank (HVB). Eine Tragödie in zwei Akten.**

**Erster Akt:** Mitte 2005 wird die damalige Sachs-Gießerei an Metal Technologies Inc. (MTI) verkauft. Der Käufer zahlt nichts. Er gründet stattdessen eine Holding, die ein Bankdarle-

hen in Höhe des Kaufpreises von rund 20 Millionen aufnimmt. Und bezahlt damit den Verkäufer.

Ab sofort ist die Gießerei für die Tilgung des Darlehens verantwortlich. Sie muss alle Gewinne an die Holding abführen. Und damit die Gewinne groß genug sind, muss die Belegschaft gewaltige Einsparungen über sich ergehen lassen. Sie arbeitet bis zu 16,5 Stunden im Monat unentgeltlich. Auch sämtliche Investitionen muss MTK aus eigener Kraft stemmen. Insgesamt kommen so 40 Millionen Euro zusammen. Ende 2008 ist MTK schuldenfrei.

**Zweiter Akt:** Die Krise trifft auch MTK. Die Auftragsrückgänge verursachen ein Liquiditätsproblem. Die Eigentümerin MTI müsste 5,5 Millionen Euro auf den Tisch legen. Sie ist dazu bereit – unter der Voraussetzung, dass 300 Beschäftigte gefeuert werden und die übrigen 500 auf ein Drittel ihres Einkommens verzichten. IG Metall und Betriebsrat lehnen ab. MTI zieht seine Zahlungszusage zurück, worauf Commerzbank und HVB sich weigern, einen Kredit von 2,5 Millionen Euro zu gewähren. Sie sperren vielmehr alle Konten. Die Firma ist zahlungsunfähig und meldet

Ende April Insolvenz an.

In Deutschland tritt das Risikobegrenzungs-gesetz in Kraft. Es soll Unternehmen und Verbraucher vor Finanzinvestoren schützen.

Die US-Regierung übernimmt die Kontrolle bei Fannie Mae und Freddie Mac, den beiden größten Baufinanzierern in den USA.

Die viertgrößte Investmentbank, Lehman Brothers, meldet Insolvenz an.

Die US-Regierung rettet den zweitgrößten Versicherer der Welt, AIG, und übernimmt die Konzernmehrheit.

Die letzten beiden US-Investmentbanken, Goldman Sachs und Morgan Stanley, werden in normale Geschäftsbanken umgewandelt und der Aufsicht der US-Notenbank unterstellt.

Der Immobilien-Finanzierer Hypo Real Estate (HRE) steht vor dem Aus. Die Bank wird durch staatliche Bürgschaften in Höhe von 35 Mrd. Euro zunächst gerettet. Bis Februar 2009 steigt die Summe der Garantien auf 102 Mrd. Euro.

In den USA tritt der Emergency Economic Stabilization Act in Kraft. Dem Finanzministerium stehen dadurch 700 Mrd. Dollar zur Verfügung, um Toxic Assets (faule Kredite) von den Finanzinstituten aufzukaufen.

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz mit einem Rettungsfonds von 480 Mrd. Euro für die Banken wird beschlossen, der SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) kann seine Arbeit aufnehmen.

Die BayernLB nimmt als erste Bank Hilfe aus dem Rettungsfonds in Anspruch.

19. August 2008    7. September 2008    15. September 2008    16. September 2008    21. September 2008    29. September 2008    3. Oktober 2008    17. Oktober 2008    21. Oktober 2008

# Die IG Metall hat gefragt - über 450 000 Menschen haben geantwortet!

Die wichtigsten Befragungsergebnisse auf einen Blick\*

<p><b>1 Die Menschen wollen Arbeit: sicher und fair!</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>89 % fordern einen sicheren Arbeitsplatz – keine Entlassung in der Krise</li> <li>84 % fordern Arbeit, die nicht krank macht</li> <li>83 % fordern, gut vom Einkommen leben zu können</li> <li>77 % fordern bei der Leiharbeit: gleiche Arbeit – gleiches Geld!</li> </ul>	<p><b>2 Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft!</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>79 % fordern materielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit</li> <li>78 % fordern die Einführung von Mindestlöhnen</li> <li>73 % fordern, dass es gerecht zwischen Arm und Reich zugeht</li> <li>72 % fordern eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte</li> </ul>	<p><b>3 Die Menschen wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder!</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>74 % fordern, für einen qualifizierten Ausbildungsplatz die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen</li> <li>71 % fordern eine bessere Ausstattung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen</li> <li>70 % fordern eine gerechte Verteilung der Bildungschancen</li> <li>60 % fordern einen besseren Umweltschutz</li> </ul>	<p><b>4 Die Menschen wollen Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können!</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>80 % fordern, so abgesichert zu sein, dass sie ihre Zukunft planen können</li> <li>77 % fordern genügend Zeit für Familie und Privates</li> <li>62 % fordern eine Verbesserung der Kinderbetreuung</li> </ul>	<p><b>5 Die Menschen wollen im Alter sorgenfrei leben!</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>83 % fordern, dass sie mit ihrer Rente im Alter gut auskommen</li> <li>81 % fordern, dass die Rente mit 67 zurückgenommen wird</li> <li>73 % fordern eine gerechtere Rentenversicherung, in die auch Selbstständige und Beamte einbezogen werden</li> </ul>
--	---	---	--	---

\* Die Prozentzahlen geben wieder, was den Befragten „sehr wichtig“ ist bzw. welchen Aussagen sie „voll und ganz“ zustimmen.

## Für mich bedeutet Gutes Leben...

### Hier eine kleine Auswahl der Antworten

+++ Arbeiten, um zu leben – nicht umgekehrt +++ Anteil am gesellschaftlichen Leben zu nehmen und Verantwortung zu tragen +++ Morgens in das Gesicht meiner Frau schauen zu können +++ Ein Dach über dem Kopf, eine Mahlzeit im Topf +++ Hilfe zu erhalten, wenn ich mir

### „Selbstverantwortlich zu leben“

selbst nicht helfen kann +++ Ich möchte Freude an meiner Arbeit haben und mich selbst verwirklichen können +++ Regelmäßig Elefantenpolo spielen zu können +++ Dass der Sinn der Wirtschaft nicht im Streben nach maximalem Gewinn besteht +++ Dass nicht immer alles nach der Pfeife des Kommerz tanzt +++ Dass die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht umgekehrt +++ Dass ich auch als normaler Kassenpatient nach den besten Möglichkeiten medizinisch versorgt werden

### „An einer besseren Welt mitarbeiten“

de +++ Dass Politiker und Wirtschafts-bosse nicht locker Unsummen an Geld scheffeln, während ich als kleiner Fisch am Ende der Nahrungskette um jeden Euro kämpfen muss +++ Meine Arbeit als mehrfache Mutter anerkannt zu bekommen, nicht gegen meinen Willen in Billig-jobs gesteckt zu

werden +++ Dass Kinder nicht schon ab dem 2. Schuljahr den Stempel „doof“ oder „klug“ durch verantwortungslose Lehrer aufgedrückt bekommen +++ Dass ich mich auf meine Versorgung im Alter verlassen kann +++ Die Auflösung von „ihr da oben“ und „wir da unten“ +++ Dass ich vor dem Morgen keine Angst haben muss +++ Ir-

### „Grund zu haben, mich auf die Zukunft zu freuen“

gendwann wieder abends entspannt und ohne Zukunftssorgen ins Bett gehen zu können +++ Dass das Wohl der Menschen über dem kurzfristigen Profit steht +++ Dass ich jeden Tag etwas Neues lerne +++ Dass ich nicht den ganzen Tag arbeite, um dann doch nicht genügend Geld zur Verfügung zu haben +++ Dass man sich nicht ständig nach der Decke strecken muss +++ Keine Angst haben, vor nichts und niemand +++ Endlich wieder lächeln zu können +++ Immer wieder gerne nach Hause zu kommen +++ Selbst über mein Leben entscheiden zu können +++ Unbekümmert in den Tag starten zu können +++ In mir selbst zu ruhen +++ Ein zufriedenes, selbstbestimmtes und erfülltes Leben +++ Nicht ständig Angst haben zu müssen, meinen Job zu verlieren +++ Dass meine Enkelkinder gute Bildungsmöglichkeiten haben +++ Anerkennung meiner Leistungen und der meiner Kolleginnen und Kollegen +++ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für alle, man will nicht Millionär werden (naja vielleicht doch), aber etwas mehr könnte es schon sein +++ Meine Ideen und

Vorstellungen am Arbeitsplatz einbringen zu können +++ Ein gutes Auskommen mit meinem Einkommen +++ Mal einfach nichts tun +++ So arbeiten und leben

### „Einen Job, von dem ich leben kann“

zu können, dass ich gesund die Rente erreiche +++ Mehr Mitbestimmung in Betrieb und Politik +++ Nicht „Geiz ist geil“, sondern „gerecht ist gut“ +++ Cash +++ Dass ein Mensch, der ein Leben lang in die Rentenkasse einzahlt, dann auch von dieser Rente leben kann +++ Dass alle ein gutes Leben führen können und nicht nur wenige +++ Dass die Sklavenarbeit Zeitarbeit abgeschafft wird +++ Dass die Arbeit mich nicht krank macht +++ Dass die Produktionsmittel denen gehören, die damit Werte schaffen +++ Dass ein Mensch

### „Grund zu haben, mich auf die Zukunft zu freuen“

mit acht Stunden Arbeit seine Familie ernähren kann +++ Dass ich beim Einkaufen von Lebensmitteln nicht aufs Geld achten muss +++ Dass Abgaben und Belastungen gleich verteilt werden +++ Dass ich einen sicheren Arbeitsplatz habe +++ Dass ich gesund bin, Freunde habe und mir keine ma-



**Detlef Wetzels, 2. Vorsitzender der IG Metall:** „Mit den Fragebögen kamen viele persönliche Forderungen an die Politik. Menschen haben sehr offen und direkt ihre Lebenssituation beschrieben. Wir werden die Politik nicht nur mit Prozentzahlen konfrontieren, hinter jedem dieser Fragebögen steht ein Mensch und seine jetzige Lebenssituation. Darauf werden Politikerinnen und Politiker eingehen müssen: Vor der Wahl, in den Koalitionsverhandlungen und danach.“

teriellen Sorgen machen muss +++ Dass Menschen, die ihren Hauptschulabschluss vermasseln, bessere Fördermöglichkeiten bekommen +++ Dass ich mein Leben genießen kann, ohne immer jeden Cent

### Einen Job zu haben, der Spaß macht

umdrehen zu müssen +++ Dass ich mich nicht ständig über Entscheidungen unserer Volksvertreter aufregen muss +++ Dass ich mir wenigstens ab und zu etwas Luxus leisten kann.

Die KfW verkauft ihren Anteil an der IKB in Höhe von 90,8 Prozent für 115 Mio. Euro an den amerikanischen Finanzinvestor Lone Star.

Commerzbank, WestLB und HSH Nordbank stellen sich ebenfalls unter den „Rettungsschirm für Banken“, wie der Rettungsfonds inzwischen genannt wird.

Die Bundesregierung beschließt das Konjunkturpaket I in Höhe von 12 Mrd. Euro.

Opel bemüht sich um eine staatliche Bürgschaft in Höhe von 1 Mrd. Euro. Die Garantie soll das Überleben des Rüsselsheimer Autobauers sichern, falls der Mutterkonzern General Motors (GM) Pleite geht.

Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20) diskutiert in Washington über neue Konjunkturprogramme, eine weltweite Regelung der Finanzmärkte und die Bekämpfung von Steuerparadiesen.

General Motors, Chrysler und Ford legen dem Kongress in Washington ihre Sanierungspläne vor und bitten um staatliche Darlehen in Höhe von 34 Mrd. Dollar.

Die IG Metall fordert in ihrem 7-Punkte-Programm „Keine Entlassungen in 2009“, die Kurzarbeit zu verbessern, sie zur Qualifizierung zu nutzen und eine Umweltprämie für Altfahrer einzuführen.

Der Autozulieferer Schaeffler braucht einen kurzfristigen Kredit in Milliardenhöhe, um der Zahlungsunfähigkeit zu entgehen.

Die Commerzbank kündigt ihre Teilverstaatlichung an, der Bund wird künftig eine Sperrminorität (25 Prozent + 1 Aktie) halten.

# Für ein Gutes Leben

32 Fragen hat der zweiseitige Fragebogen, den die IG Metall vom 1. April bis 30. Juni im Rahmen ihrer Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben“ verteilt hat. 30 Mal konnten die Befragten sich entscheiden, ob sie eine Aussage für „sehr wichtig“, wichtig, weniger wichtig oder für „unwichtig“ halten bzw. ob sie ihr

„voll und ganz“, etwas, nicht oder „gar nicht“ zustimmen, es gab jeweils vier Abstufungen (Antwortmöglichkeiten). Die 30 Fragen kreisten um fünf Themen: Arbeit und Einkommen, Gerechtigkeit, Zukunft, Familie und Beruf sowie Leben im Alter. Zwei Fragen waren sogenannte offene Fragen: „Für mich bedeutet ein

Gutes Leben: ...“ und „Meine persönliche Forderung an die Politik lautet: ...“

Die allermeisten der über 450 000 Stimmen sammelte die IG Metall in den Betrieben. Mehrere 10 000 ausgefüllte Fragebögen hatten der IG Metall-Mitgliederzeitung „metallzeitung“ beigelegt. Viele 1000 Fragebö-

gen wurden auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen ausgefüllt, oder direkt am Computer, also online.

Zwei Drittel der Befragten waren Männer, ein Viertel war weiblich (die restlichen machten keine Angaben). Die überwiegende Mehrheit gab als ihren Erwerbsstatus „Arbeitnehmer“ an. Gut

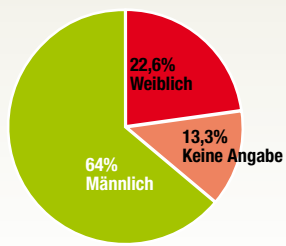
die Hälfte der Befragten ist zwischen 36 und 55 Jahre alt. Ungefähr 30 Prozent sind jünger, 20 Prozent älter.

Die Befragung wurde ausgewertet vom Meinungsforschungsinstitut Sociotrend in Leimen (Baden-Württemberg)

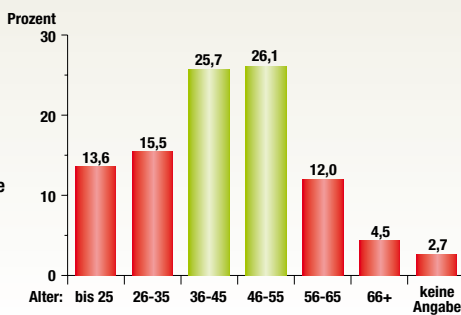


## Wer den Fragebogen ausgefüllt hat

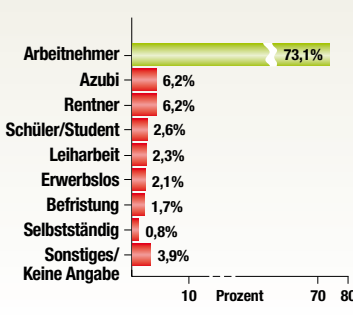
### Geschlecht



### Alter



### Erwerbsstatus



## Am 16. Mai in Berlin...

100 000 Menschen demonstrierten am 16. Mai in Berlin für einen neuen Sozialpakt in Europa. Unter dem Motto „Die Krise bekämpfen“ forderte der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber einen Schutzschirm für Beschäftigte. „Viele Betriebe stehen vor dem Aus, hunderttausende Existenzen auf dem Spiel.“ Zu der Demo hatte der Europäische Gewerkschaftsbund aufgerufen. In Berlin, Prag, Madrid und Brüssel gingen 330 000 Menschen auf die Straße.



# Junge – ausgebremst

Erschreckend: Die junge Generation wird beim Übergang ins Berufsleben „ausgebremst“. Schon knapp ein Drittel der unter 35-Jährigen macht Praktika, befristete Jobs oder Leiharbeit. Von den Älteren macht das nur jeder Achte. Das belegt eine Studie von Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall,

vorgestellt auf dem Jugendkongress der IG Metall am 25. April im Berliner E-Werk. Moderator Manni Breuckmann empfahl den 500 Teilnehmern, den Politikern „Feuer unter einen bestimmten Körperteil zu machen“.

Sie legten damit sofort los: Spannten vor dem E-Werk ein 10 mal 15 Meter großes Transparent

auf mit den Textzeilen „Die Krise gehört euch. Die Zukunft gehört uns. Dieser Kapitalismus gehört weg.“ Stürmten zum Bundesfinanzministerium auf der gegenüberliegenden Straßenseite und beklebten das riesige Eingangstor mit ihrer Forderung „Ich brauche sichere Perspektiven!“

[www.operation-uebernahme.de](http://www.operation-uebernahme.de)



„Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“  
**Otto Brenner, 1. Vorsitzender der IG Metall 1952 - 1972**

### Otto Brenner Stiftung

Die Otto Brenner Stiftung ist die Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Weitere Informationen auf:

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)



Fotos: Christian v. Polentz/franinfo.de

## ... und am 5. September in Frankfurt/Main

An diesem Tag bringen wir unsere Forderungen an die Politik auf den Punkt. Und wir werden die Parteien fragen:

- ▶ Wie wird Arbeit sicher und fair?
- ▶ Wie kann es in unserer Gesellschaft gerechter zugehen?
- ▶ Wie kann eine Zukunft für unsere Kinder aussehen?
- ▶ Wie können wir Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren?
- ▶ Wie können wir im Alter sorgenfrei leben?

Der Mensch gehört in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen und politischen Handelns! Wenn Sie über den 5. September in Frankfurt mehr wissen wollen: Tragen Sie sich in den Event-Verteiler unter [www.gutes-leben.de](http://www.gutes-leben.de) ein, dann erhalten Sie weitere Informationen.

[www.gutes-leben.de](http://www.gutes-leben.de)

<p>Die Bundesregierung beschließt das 50 Mrd. Euro schwere Konjunkturpaket II.</p> <p>13. Januar 2009</p>	<p>Das Bundeskabinett beschließt die Abwrackprämie (2500 Euro) für Altfahrzeuge. Bis 15. Juni wird sie 1 596 852 Mal beantragt. Im Mai wurden 385 000 Pkw neu zugelassen, 40 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.</p> <p>27. Januar 2009</p>	<p>US-Präsident Obama setzt den American Recovery and Reinvestment Act 2009 in Kraft, ein fast 800 Mrd. Dollar schweres Konjunkturprogramm.</p> <p>17. Februar 2009</p>	<p>General Motors gibt bekannt, weltweit 47 000 Arbeitsplätze zu streichen, davon 26 000 Stellen außerhalb der USA.</p> <p>18. Februar 2009</p>	<p>Schaeffler akzeptiert die Unternehmensmitbestimmung. Die IG Metall unterstützt die Bemühungen des Konzerns um staatliche Bürgschaften. Die 66 000 Beschäftigten sollen am Unternehmen beteiligt werden.</p> <p>22. Februar 2009</p>	<p>Opel gibt bekannt, dass die Firma 3,3 Mrd. Euro Hilfe braucht.</p> <p>27. Februar 2009</p>	<p>Der US-Versicherungskonzern AIG meldet das höchste Minus der Wirtschaftsgeschichte: 99,3 Mrd. Dollar Verlust.</p> <p>2. März 2009</p>	<p>Die Arbeitslosigkeit in den USA ist so hoch wie seit 25 Jahren nicht mehr: 8,1 Prozent der Amerikaner sind ohne Beschäftigung. Die Unternehmen bauten in einem Monat 651 000 Jobs ab.</p> <p>6. März 2009</p>	<p>Die IG Metall fordert mit ihrem „Frankfurter Appell“ Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Medien auf, Verantwortung für die Wirtschaftskrise zu übernehmen.</p> <p>17. März 2009</p>
---	---	---	---	--	---	--	--	---



Goldbarren aus Ghana. Drei Prozent seines Handelswerts bekommt das Herkunftsland, den Rest steckt die Minenbetreibergesellschaft ein.

Foto: Erwin Wagenhofer/alegro film

# Zu wenig Politik für die Menschen

**Die Politik muss wieder dem Menschen dienen. Eine sichere Rente und eine gute Gesundheitsversorgung gehören dazu. Die Bundesregierung hat allzu oft nur die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt.**

### Beispiel Gesundheitsfonds:

Alle gesetzlich Krankenversicherten zahlen seit diesem Jahr den gleichen Beitrag ein. Der Fonds verteilt das Geld an die Krankenkassen. Für 2009 legte die Bundesregierung den Beitragssatz zunächst auf 15,5 Prozent fest. Arbeitnehmer zahlen anteilig 8,2 Prozent, Arbeitgeber hingegen nur 7,3 Prozent. Auf einen Schlag wurde die Versicherung für 90 Prozent der Versicherten teurer.

von den Versicherten – beides ist aus Expertensicht bereits in Kürze wahrscheinlich: Den Ärzten und Krankenhäusern sind allein für 2009 sechs Milliarden Euro mehr versprochen worden. Geld, das wahrscheinlich aus den Taschen der Versicherten genommen wird.

**Beispiel Rente:** Ab 2012 erhöht sich das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre. Der Staat spart dadurch Milliarden. Viele Menschen können keine ausreichende Altersversorgung mehr aufbauen, weil sie im Laufe ihres Lebens immer wieder arbeitslos sind. Oder Jobs machen müssen, die schlecht bezahlt werden. Die Privatvorsorge ist keine Alternative: Dafür fehlt den Betroffenen das Geld.

Wie groß das Risiko von Altersarmut ist, rechnet die Arbeitnehmerkammer Bremen vor: Die Grundsicherung im Alter, die Bedürftige bekommen, beträgt derzeit 676 Euro. Um eine Nettorente auf diesem Niveau zu erhalten, müsste ein Vollzeitbeschäftigter 45 Jahre lang mindestens 9,47 Euro brutto pro Stunde verdienen.

## Zur Kasse, bitte

Wegen der Wirtschaftskrise senkt die Regierung den Beitrag ab Juli auf 14,9 Prozent. Steigt er wieder, müssen vor allem die Beschäftigten zahlen, da der Staat mit dem Gesundheitsfonds künftig die Arbeitnehmer stärker zur Kasse bittet als die Arbeitgeber.

Kommt eine Krankenkasse mit dem vom Fonds zugewiesenen Geld nicht aus, kann sie einen Zusatzbeitrag erheben. Beitragssteigerungen und Zusatzbeiträge

## „Let's make money“ ist der richtige Film zur richtigen Zeit: eine gut gemachte Dokumentation von Erwin Wagenhofer über die Machenschaften der Finanzwelt.

Der in den Kinos erfolgreiche Film beleuchtet die Welt der skrupellosen Manager – und wie sie ihre Geschäfte machen.

### Wie sind Sie auf das Thema Geld gekommen?

**Wagenhofer:** Irgendwann wurde ich auf einen Werbespruch aufmerksam, den ich frappierend fand: „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten!“ Geld kann nicht arbeiten, das können Menschen, Maschinen, Tiere vielleicht. Wenn man den Spruch ernst nimmt, heißt das, dass jemand anderes für uns arbeiten muss. Das passiert meistens über Ausbeutung, das wollte ich mir näher anschauen.

### Welche Fragen haben Sie beschäftigt?

Fragen wie, was ist die Weltbank, was macht sie wirklich und vor al-

lem, was hat sie mit uns zu tun? Was passiert, wenn es heißt, die Europäische Zentralbank steckt Milliarden in den Markt, damit er nicht crasht. Woher kommen die? Wer zahlt, wenn die Banken mit kaputten Krediten dastehen?

### Wo setzt Ihre Kritik an?

Ich habe mit einem Wirtschaftswissenschaftler gesprochen, der eine sehr klare Analyse am Beispiel der Bananen gibt: Bananen gehen von A nach B, die Papiere hingegen auf die Ärmelkanal-Insel Jersey, von dort in die Schweiz, nach Luxemburg, nach Liechtenstein, dann auf die Isle of Man, zurück nach Jersey und dazwischen noch auf die Bahamas. Diese Spur, die niemand nachvollzie-



Erwin Wagenhofer, Autor und Regisseur

hen kann, wird nur gezogen, um Steuern zu vermeiden und die Gewinne zu erhöhen. Einer der absurden Aspekte in unserem System ist, dass die klügsten Köpfe dafür eingesetzt werden. Und nicht, um unsere drängenden Probleme wie Energieverschwendung und Umweltzerstörung zu bewältigen, also zu helfen, wo es wirklich notwendig ist. Sie werden dafür eingesetzt, diese Art von Konstrukten zu entwerfen, die letztlich eine zerstörerische Wirkung haben.

Seit 18. Juni ist die DVD des Films im Handel: Delphi Filmverleih, 16,99 Euro. Bei orange press ist 2008 ein Buch zum Film erschienen: *Let's make money – Was machen die Banken mit unserem Geld?* 256 Seiten, 20 Euro

► [www.letsmakemoney.at](http://www.letsmakemoney.at)



**EINSATZ FÜR ARBEIT.**

Eine Kampagne der Bundesagentur für Arbeit zur Kurzarbeit

► <http://www.einsatz-fuer-arbeit.de>

**Die Krise meistern**

„Kurzarbeit statt Entlassungen“: Diese Forderung der IG Metall, im Dezember 2008 erhoben und dank Bundesregierung seit Februar Gesetz, trägt Früchte.

Im März beispielsweise betrug die Arbeitslosenzahl knapp 3,6 Millionen. Ohne Kurzarbeit hätte sie über 4 Millionen gelegen. Denn der durchschnittliche Arbeitsausfall eines Kurzarbeiters betrug gut ein Drittel seiner Arbeitszeit. Und das entsprach – bei 1,2 Millionen Kurzarbeitern – mehr als 400 000 Arbeitsplätzen.

Das Genehmigungsverfahren für Kurzarbeit ist vereinfacht worden, Leiharbeiter und befristet Beschäftigte müssen nicht erst entlassen werden, sondern können auch Kurzarbeitergeld beziehen. Die Arbeitgeber sind – auch das war eine Forderung der IG Metall –

verlängert worden, mittlerweile beträgt sie 24 Monate.

**Wie weiter?**

Die Kurzarbeit dämpft zwar die Krise. Mit ihr allein ist sie aber nicht zu meistern. Die IG Metall schlägt deshalb ein „Sofortpaket Beschäftigungsbrücke“ vor, ihre Forderungen an die Bundesregierung lauten:

- Setzt die Rente mit 67 aus.
- Lasst Beschäftigte nach 40 Versicherungsjahren ab 60 in Rente gehen.
- Fördert die Altersteilzeit wieder.
- Zahlt älteren Arbeitslosen länger Arbeitslosengeld I - bis zu 36 Monate.

Daimler kündigt an, 2 Mrd. Euro Personalkosten einsparen zu wollen.

Der G-20-Gipfel bei London beschließt ein globales 1,1-Billionen-Dollar-Konjunkturprogramm und die stärkere Regulierung der Finanzmärkte, unter anderem die Austrocknung der Steueroasen.

Bundespräsident Köhler unterschreibt das Banken-Enteignungsgesetz. Es erlaubt vollständige Übernahme von Banken durch den Staat, notfalls durch Enteignung der bisherigen Anteilseigner.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) beziffert die weltweiten Verluste durch faule Kredite und giftige Wertpapiere auf mehr als 4 Billionen Dollar (3 Billionen Euro).

Die größte Bank der Welt, die amerikanische Citigroup, wird teilverstaatlicht.

Die Deutsche Bank erzielte im ersten Quartal 2009 einen Gewinn von 1,2 Mrd. Euro nach Steuern. Vorstandsvorsitzender Ackermann verkündet für denselben Zeitraum eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent vor Steuern.

Die Bundesregierung rechnet für 2009 mit einem – historisch einmaligen – Absturz des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 6 Prozent und einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 3,7 Millionen, für 2010 sogar auf 4,6 Millionen.

Die Bundesagentur für Arbeit teilt mit, sie rechnet für 2009 mit einem Haushaltsloch von 10 Mrd. Euro, das aus Rücklage-Mitteln gestopft werden soll.

Der US-Autobauer Chrysler geht in die Insolvenz, gibt das Weiße Haus bekannt.

1. April 2009

2./3. April 2009

8. April 2009

21. April 2009

27. April 2009

28. April 2009

29. April 2009

29. April 2009

30. April 2009



## Keine Kündigung wegen Bagatelle

Foto: picture-alliance/dpa

**Bagatelldelikte führen vor Arbeitsgerichten häufig zur Entlassung. Eine Petition will ein besseres Gesetz durchsetzen.**

Der Fall der ehemaligen Berliner Kaiser's-Kassiererinnen Barbara E. („Emmely“) beschäftigt womöglich bald den Petitionsausschuss des Bundestages. Das Komitee „Solidarität für Emmely“ hat Ende April eine – von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi unterstützte – Petition eingereicht. Ihr Ziel: Kündigungen aus Bagatellgründen und ohne vorherige Abmahnung gesetzlich auszuschließen.

Die Prozesse gegen Emmely sorgten bundesweit für Schlagzeilen. Die aktive Gewerkschafterin war von ihrem Arbeitgeber, der Supermarkt-Kette Kaiser's, gefeuert worden, weil sie Pfandbons im Gesamtwert von 1,30 Euro in die eigene Tasche gesteckt haben soll. Der Fall landete vor dem Arbeitsgericht, das die Kündigung für rechtmäßig erklärte, ebenso das Landesarbeitsgericht.

Dem geringen Geldbetrag, den Emmely – inzwischen arbeitssuchende Hartz IV-Bezieherin – veruntreut haben soll, stehen 31 Beschäftigungsjahre gegenüber. Zwar sollen die Arbeitsgerichte die Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer abwägen. Das Arbeitsrecht bewertet aber den möglichen Vertrauensverlust im Arbeitsverhältnis höher als einen wirtschaftlichen Schaden.

Kündigungen in Bagatellfällen sind gang und gäbe. Doch erst der Fall Emmely hat öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Zwei Bäcker in Nordrhein-Westfalen, die ihr Frühstücksbrötchen unerlaubt mit firmeneigenem Belag bestrichen hatten, mussten nach einem Arbeitsgerichts-Urteil im März wieder eingestellt werden.

►► <http://1euro30.de>

## Erste Hilfe

In vielen kleinen und mittelständischen Firmen brennt's. Fast alle Arbeitgeber reagieren gleich: Lohnkosten drücken, Leute rausschmeißen, billiger werden. Das ist einfalllos. Sparkonzepte sichern keine Zukunft. Es gilt, besser statt billiger zu werden. Deshalb hat die IG Metall eine neue Projektgruppe auf die Beine gestellt: „Task Force Krisenintervention“. Sie hilft, wenn's brennt.

Die „Task Force Krisenintervention“ ist ein neues Beratungsangebot der IG Metall, um Betriebe krisenfester zu machen. Dahinter verbirgt sich ein Berater-Netzwerk aus Arbeitsrechtlern und Betriebswirten. Das Ziel der Experten: Jobs retten – unter Einsatz aller Möglichkeiten.

Im Erste-Hilfe-Paket stecken: eine Erstberatung (Krisen-Ursachen analysieren), ein Krisenmanagement (Perspektiven aufzeigen) und eine nachgelagerte Beratung (Besser-Strategien im Betrieb verwirklichen).

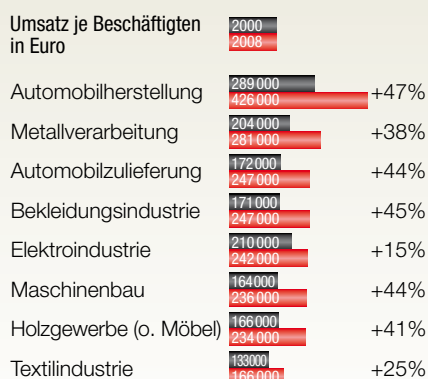
Die Beratung dauert drei bis fünf Tage. Die Kosten trägt im Regelfall das Unternehmen (Paragraf 80.3 Betriebsver-

fassungsgesetz), im Ausnahmefall die IG Metall. Gefördert wird das Projekt vom Bundesarbeitsministerium und dem Europäischen Sozialfonds.

Mehr Informationen gibt's bei der IG Metall vor Ort und per E-Mail:

►► [task-force@igmetall.de](mailto:task-force@igmetall.de)

### Wir schaffen die Werte



Beschäftigte gelten allzu oft als „Kostenfaktor“. Soll heißen: Sie sind zu teuer. Tatsächlich sind sie es, die alle Werte schaffen. So hat zum Beispiel jeder Autobauer im vergangenen Jahr einen Umsatz von 426 000 Euro erarbeitet – 47 Prozent mehr als im Jahr 2000.

<p>Die Gesetzlichen Krankenkassen benötigen 2,9 Mrd. Euro vom Bund, teilt das Bundesversicherungsamt mit.</p> <p>30. April 2009</p>	<p>Das Bundeskabinett beschließt eine Rentengarantie. Danach sinken die Renten auch bei rückläufigen Löhnen nicht.</p> <p>6. Mai 2009</p>	<p>Die Europäische Zentralbank (EZB) senkt den Leitzins auf 1,0 Prozent. Noch nie konnten sich die Kreditinstitute zu einem so geringen Zinssatz Geld von der EZB leihen.</p> <p>7. Mai 2009</p>	<p>Bund, Länder und Gemeinden müssen sich bis 2013 auf Steuerausfälle von 316 Milliarden Euro einstellen, teilt das Bundesfinanzministerium mit.</p> <p>14. Mai 2009</p>	<p>IG Metall und Schaeffler vereinbaren eine Kostensenkung um 250 Mio. Euro ohne betriebsbedingte Kündigungen bis Mitte 2010.</p> <p>26. Mai 2009</p>	<p>Das Bundeskabinett billigt eine Rekord-Neuverschuldung von 48 Mrd. Euro. Wie viele Schulden der Bund in diesem Jahr tatsächlich machen wird, ist nicht absehbar.</p> <p>27. Mai 2009</p>	<p>Der Bundestag beschließt die „Schuldenbremse“: Die Länder dürfen ab 2020 gar keine neuen Schulden mehr aufnehmen, der Bund darf von 2016 an – im Normalfall – nur Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des BIP machen. Der Staat hat mehr als 1600 Mrd. Euro Schulden, Tendenz steigend.</p> <p>29. Mai 2009</p>	<p>Das Rettungskonzept für Opel steht: Der Autzulieferkonzern Magna steigt bei Opel ein, Bund und Länder sichern das Geschäft mit einem Überbrückungskredit von 1,5 Mrd. Euro.</p> <p>30. Mai 2009</p>	<p>Die HRE-Aktionäre stimmen mehrheitlich für die Verstaatlichung der Bank. Der Bund hält 90 Prozent der HRE-Aktien.</p> <p>2. Juni 2009</p>
---	---	--	--	---	---	--	--	--

# Reif wie Bananen

Reife Bananen verteilt ein wilder Affe in Lippstadt. Die Botschaft wird verstanden: Wir Azubis sind reif für die Übernahme! In Hamburg machen Azubis klar, dass sie „kein Stroh im Kopf“ haben, in Kiel hieß es „Krise hin, Krise her – Übernahme ist nicht schwer“.

►► [www.operation-uebernahme.de](http://www.operation-uebernahme.de)

Hunderttausende Studierende, SchülerInnen und Azubis beteiligten sich am bundesweiten „Bildungsstreik 2009“ vom 15. bis 20. Juni. Sie forderten ein verbrieftes Recht auf einen Ausbildungsplatz, die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und der Studiengebühren.

►► [www.bildungsstreik2009.de](http://www.bildungsstreik2009.de)



Foto: Thomas Ränge

## Kurzarbeiter, aufgepasst

Fiskus hält die Hand auf

Kurzarbeitergeld ist zwar steuerfrei. Aber es erhöht den Steuersatz auf das steuerpflichtige Einkommen.

Wir haben die wichtigsten Informationen für Sie zusammengestellt.

Mehr:

►► [www.gutes-leben.de/kompakt](http://www.gutes-leben.de/kompakt)

# Überschuldet!

Die Weltwirtschaftskrise klopft an die Haustür: Schon 4,7 Millionen oder 12 Prozent aller Haushalte sind überschuldet, sie können ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen. Weitere 22 Prozent schaffen es nur mit Ach und Krach, ihre Rechnungen zu begleichen. Hinzu kommen düstere Zukunftsaussichten: Fast jeder vierte Haushalt (23 Prozent) erwartet eine weitere Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage. Das hat das Marktforschungsinstitut YouGov-Psychonomics, Köln, herausgefunden.

Kein Wunder: Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit verringern zwangsläufig das Einkommen. War es eh schon knapp, kann die Schuldenfalle schnell zuschnappen, wenn Lohn oder Gehalt sinken.

Da ist guter Rat nicht teuer: Wer wissen will, wie er mit seinem Einkommen auskommt, kann von den Sparkassen kostenlose Planungshilfen wie Haushaltskalender und Haushaltsbuch bekommen.

Mehr Infos unter:

►► [www.geld-und-haushalt.de](http://www.geld-und-haushalt.de)

(► RatgeberService ► Planungshilfen)

Ist man überschuldet, tut schnelle Hilfe Not. Ein seriöser Ratgeber ist die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung:

►► [www.meine-schulden.de](http://www.meine-schulden.de)



Foto: ©istockphoto.com/nicolas

Schuldnerberater Peter Zwegat: Meine wichtigsten Tipps  
►► [www.gutes-leben.de/kompakt](http://www.gutes-leben.de/kompakt)

# Was muss sich ändern?



„Das Soziale muss sich wieder durchsetzen, der Mensch muss im Mittelpunkt der Politik stehen.“  
Günther Pröbster, Nürnberg

„Banken und Konzerne sollten ihre utopischen Gewinnmargen drastisch reduzieren. Renditen von 25 Prozent sind eine Unverschämtheit, weil sie durch Dumpinglöhne und Arbeitsplatzabbau erzielt werden.“  
Kasim Kavak, Stuttgart



„Die Leute sollten sich zusammenschließen, beispielsweise in Gewerkschaften, und über Wege aus der Krise diskutieren. Alle sollten sich einmischen, und nicht der Politik allein das Feld überlassen.“  
Rocco Schenk, Chemnitz



„Die Jugend braucht mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt.“  
Nelly Klassen, Minden

„Es darf keine Steuererhöhungen geben. Wir Arbeitnehmer sind schon Opfer der Krise, wir dürfen dafür nicht auch noch als Steuerzahler bluten.“  
Manuela Henkemeier, Lippstadt



## Streifzüge

Was ist „Gutes Leben“? Darüber haben sich schon viele Philosophen den Kopf zerbrochen.

„Je mehr Glück durch eine Maßnahme in die Welt kommt, desto nützlicher und besser ist sie.“

Meinte Jeremy Bentham, 1748 – 1832

Und sein geistiger Nachfahre John Rawls (1921 – 2002):

„Eine Gesellschaftsordnung ist

dann gerecht, wenn ihr jeder zustimmen könnte – und zwar bevor er weiß, welchen Platz er in der Gesellschaft einnimmt.“

„Das Ziel des Lebens ist es, vollständig das zu werden, was man potenziell ist.“

Erich Fromm, 1900 – 1980



Karikatur: Thomas Pfaffmann

# Eine Seefahrt, die ist lustig

Schraubenkönig Reinhold Würth hat kürzlich seine neue Yacht getauft – geschätzte 100 Millionen Euro soll das stolze Schiff namens „Vibrant Curiosity“ gekostet haben. „Schwingende Merkwürdigkeit“ ist schon ein reichlich seltsamer Name. Genauso merkwürdig scheint, dass in den Fabriken des Reinhold Würth zu der Zeit, wo er eine Sektflasche gegen die Planken knallen ließ, viele Beschäftigte kurzarbeiteten und Gehaltskürzungen hinnehmen mussten. Ach ja, die böse Wirtschaftskrise.

Nun ist Reinhold Würth keinesfalls selbstsüchtig: Vorausschauend hat er seinen Kahn so bauen lassen, dass er für 14 Gäste Platz bietet. Er könnte demnächst mal eine illustre Reise anbieten, etwa zu den Bahamas, einem anerkannten Sonnen- und Steuer-Paradies.

An Bord bitten könnte Würth Frau Schickedanz: Der Aktienanteil der Quelle-Erbin an Arcandor ist von geschätzten fünf Milliarden Euro auf nur noch 50 Millionen Euro gesunken.

Als weiterer Gast ist Wendelin Wiedeking willkommen. Dem Vorstandsvorsitzenden der Por-

sche AG würde ein bisschen Urlaub unter Gleichgesinnten ganz gut tun: Die Übernahme von Volkswagen ist gescheitert, die Porsche AG mit neun Milliarden Euro in den Miesen und der blöde Staat will keine Kohle locker machen.

Hoch auf dem gelben Wagen könnte sich noch Klaus Zumwinkel hinzugesellen. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post wäre ein ganz amüsanter Gesprächspartner: Er könnte erzählen, wie man sein hart verdientes Geld ins Trockene bringt. Leider wurde er vor wenigen Monaten verurteilt, weil er knapp eine Million Euro über eine Stiftung in Liechtenstein hinterzogen hat. Mit ein bisschen Seemannsgarn und Alkohol garniert, dürften seine Geschichten die Stimmung während der langen Überfahrt zu den Bahamas heben.

Als die Gesellschaft die Bahamas erreicht, erlebt sie dort ihr blaues Wunder. Die Gewerkschaft der Hotelangestellten heißt sie nicht willkommen. Egal, in welchem Hotel das Quartett einchecken will, schallt ihm entgegen: „Alle Zimmer belegt“.

## Arena- und Jugend-Kundgebung

# 05.09.09

Wir treffen uns in Frankfurt

Jetzt IG Metall-Mitglied werden! Nur wenn wir viele sind, können wir bewirken, dass sich etwas ändert in Deutschland!

▶▶ [www.gutes-leben.de/service/mitglied-werden/](http://www.gutes-leben.de/service/mitglied-werden/)

## Schluss mit der Ungerechtigkeit!

▶▶ [www.gutes-leben.de/kampagne/wir-treffen-uns-in-frankfurt/](http://www.gutes-leben.de/kampagne/wir-treffen-uns-in-frankfurt/)

# Das Wissensrätsel

Antworten und Preise gewinnen.

Unter allen richtigen Lösungen verlosen wir diese Preise:

1. Preis: Multimedia-Laptop, 15“
2. Preis: LCD-Plasma TV und DVD-Player
3. Preis: Smartphone Handy
4. - 50. Preis: Mini-Laptop Maus

Näheres zu den Preisen unter:  
▶▶ [www.gutes-leben.de/gewinn](http://www.gutes-leben.de/gewinn)

Oder gleich mit dem Handy über diesen Barcode teilnehmen. Wenn Ihr Handy über einen QR-Code-Reader verfügt und eine Internetanbindung hat, können Sie einfach nebenstehenden Code einlesen und gelangen direkt auf die Seite zur Teilnahme.



Abbildung ähnlich. Foto: Acer.de

Jetzt sofort mobil mitspielen:



### Die Fragen:

1. Wie viele 15- bis 24-Jährige sind arbeitslos?  
a) 10 %                      b) 12,5 %                      c) 15 %
2. Wie viele Ausgebildete werden übernommen?  
a) 50 %                      b) 55 %                      c) 60 %
3. Wie viele junge Beschäftigte unter 35 arbeiten als Praktikanten, Befristete oder Leiharbeiter?  
a) 20 %                      b) 25 %                      c) 30 %
4. Wie viele junge Leute verlassen die Schule ohne Abschluss?  
a) 4 %                      b) 6 %                      c) 8 %
5. Wie viele Kinder unter 3 Jahren haben in Westdeutschland einen Kita-Platz?  
a) 10 %                      b) 20 %                      c) 30 %

hier mitmachen: ▶▶ [www.gutes-leben.de/gewinn](http://www.gutes-leben.de/gewinn)

Die Gewinner von Ausgabe 01 stehen im Internet.